

Ralf Kapschack

- (A) wollen wir ändern. Deshalb reden wir heute über das Betriebsrentenstärkungsgesetz.

Die gesetzliche Rente – das ist schon mehrfach betont worden – bleibt für uns, für die SPD, die zentrale Säule der Altersversorgung. Da gibt es überhaupt kein Vertun.

(Beifall bei der SPD)

Betriebliche Altersversorgung ist aber als kollektive Absicherung die beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb – mein Kollege Martin Rosemann hat das vorhin schon angesprochen – kann es doch nicht sein, dass derjenige, der in einem Großbetrieb arbeitet, Glück gehabt hat, und derjenige, der in einem kleinen oder mittleren Betrieb arbeitet, Pech gehabt hat, was eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung angeht. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit Gerechtigkeit hat das nichts zu tun. Deshalb fordern auch die Gewerkschaften einen Ausbau der betrieblichen Altersversorgung.

Ich finde, jeder und jede sollte Zugang zu einer betrieblichen Altersversorgung haben und dann frei entscheiden können, ob er bzw. sie das nutzt oder nicht nutzt. Deshalb bietet der Gesetzentwurf gerade für Geringverdienende und für kleine und mittlere Betriebe neue Möglichkeiten, in das Thema Betriebsrente einzusteigen. Ich hoffe sehr, dass davon auch Gebrauch gemacht wird.

- (B) Ich sage ganz offen: Uns wäre es am liebsten, es gäbe eine Verpflichtung der Arbeitgeber, mindestens ein Angebot zur betrieblichen Altersversorgung zu machen, am besten mit einer Beteiligung des Arbeitgebers. Da gibt es durchaus eine Übereinstimmung mit Bündnis 90/Die Grünen. Wer über Fachkräftemangel klagt, wer die demografische Entwicklung fast schon wie eine Apokalypse beschreibt, der sollte auch etwas dafür tun, das eigene Unternehmen im Wettbewerb um neue Beschäftigte attraktiv zu machen. Das Angebot für eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung ist sicherlich ein gutes Argument für den eigenen Betrieb.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Gesetzentwurf stärken wir die Rolle der Tarifvertragsparteien und geben ihnen mehr Spielraum, in Tarifverträgen betriebliche Altersversorgung zu gestalten. Sie, die Tarifpartner, wissen am besten, was betriebs- und branchenspezifisch geregelt werden kann und geregelt werden muss. Ich sage an dieser Stelle auch: Mir wäre es am liebsten, wir würden auch eine leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärung für entsprechende Tarifverträge hinbekommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir geben den Tarifpartnern Spielräume, wir halsen den Tarifpartnern aber auch einiges an Verantwortung auf; auch das will ich ganz offen sagen. Mir ist schon klar, dass der Verzicht auf Garantien in dem Modell der Zielrente in gewisser Weise eine kommunikative Heraus-

forderung ist. Angesichts des großen Sicherheitsbedürfnisses in der Bevölkerung beim Thema Altersversorgung wird es darauf ankommen, klarzumachen, dass Chancen und Risiken in einem vernünftigen Verhältnis stehen müssen und auch stehen sollen. Deshalb sollen die Tarifpartner ja auch einen sogenannten Sicherungsbeitrag vorsehen, der dazu eingesetzt wird, Schwankungen des Kapitalmarkts auszugleichen. Wir halten es für sinnvoll, dass verpflichtend vorgegeben wird, einen solchen Sicherungsbeitrag vorzusehen. Er soll nicht nur dazu dienen, Kapitalmarktschwankungen abzufedern; dieser Sicherungsbeitrag dient aber vor allem dazu, deutlich zu machen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Anlagerisiko künftig nicht alleine tragen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, um die Akzeptanz des neuen Sozialpartnermodells zu erhöhen.

Jeder lange Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Ich habe keine Ahnung, wie lang der Weg zu einer wirklich flächendeckenden betrieblichen Altersversorgung ist. Aber wir gehen heute einen wichtigen, einen großen Schritt. Mitgehen müssen diesen Weg jedoch die Tarifparteien, die kleinen und mittleren Unternehmen und vor allen Dingen die Beschäftigten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Michaela Noll:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächstem erteile ich das Wort Stephan Stracke, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Grüß Gott, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland hat ein verlässliches System der Alterssicherung, das auf drei Säulen beruht: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen sowie der privaten Altersvorsorge. Unser Ziel ist es, auch langfristig ein Gesamtversorgungsniveau aus allen drei Säulen sicherzustellen, das annähernd dem heutigen Niveau entspricht und dabei die junge Generation nicht über Gebühr belastet.

Gerade Letzteres, die Frage der Generationengerechtigkeit, ist einer der zentralen Messsteine bei allen Vorschlägen, die Opposition und SPD vorgelegt haben und vorlegen. Es geht also um die Frage: Wie generationengerecht ist es? Wie stark werden unsere Kinder und Kindeskinde tatsächlich belastet?

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sagen Sie doch einmal, wie viel das in Euro im Schnitt pro Beschäftigten ist, Herr Kollege!)

Hier sehen wir letztlich auch, dass viele der Vorschläge tatsächlich nachhaltig hinterhältig sind, weil sie zu massivsten Mehrbelastungen für die junge Generation führen.

Wir wollen das System an einzelnen Stellschrauben nachjustieren. Wir wollen keine Revolution, keine Rolle rückwärts in der sozialen Sicherung in Deutschland,

Stephan Stracke

- (A) sondern eine Evolution unseres bewährten Alterssicherungssystems.

Mit der Rentenreform 2014 haben wir bereits in dieser Wahlperiode wichtige rentenpolitische Maßnahmen verabschiedet, die zu einer Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung als erster und zentraler Säule der Alterssicherungssysteme in Deutschland geführt hat. Weitere gesetzliche Vorhaben, beispielsweise zur Erwerbsminderungsrente und zur Rentenangleichung Ost-West, werden wir noch im Frühjahr im Deutschen Bundestag beraten. Und mit dem Gesetzespaket, über das wir heute beraten, verbessern wir die Bedingungen für die private und die betriebliche Altersvorsorge.

Man kann es sich natürlich ganz einfach machen und die kapitalgedeckte Altersvorsorge in Zeiten der Niedrigzinsphase nach dem Motto „Alles gescheitert“ schlechtreden.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So ist es doch!)

Nach demselben Muster hätte man im Übrigen vor zwölf Jahren auch sagen können, das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung ist gescheitert.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nein! Die Österreicher haben das, und das ist durchgängig besser!)

- (B) Erinnern wir uns doch einmal zurück: Vor zwölf Jahren hatte Rot-Grün die gesetzliche Rentenversicherung an die Wand gefahren.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da müssen wir Linke mitmachen, sonst wird das nichts, Herr Kollege! Das ist wohl wahr!)

Damals war die Rentenkasse pleite, und die laufenden Renten konnten nur durch ein Bundesdarlehen des Bundesfinanzministers gezahlt werden.

Die umlagefinanzierte gesetzliche Rente steht heute deshalb so blendend da, weil der Jobmotor in Deutschland brummt, weil wir die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung seit Jahren richtig gesetzt haben.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Aber die Rentnerinnen und Rentner stehen nicht gut da, nur die Rentenversicherung! Das ist ein Unterschied!)

Unsere Aufgabe als Union ist es, die Rahmenbedingungen auch in Zukunft sicher und richtig zu setzen. Es hat sich gezeigt: Das kann nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Union richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

All das, was Opposition und SPD und insbesondere Schulz vorschlagen,

(Dr. Matthias Bartke [SPD]: Guter Mann! – Ralf Kapschack [SPD]: Wer ist das noch mal?)

- (C) führt dazu, dass der Jobmotor abgewürgt wird – mit fatalen Folgen für alle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Schulz ist schuld!)

Allein aufgrund unserer Maßnahmen konnten wir also in dieser Wahlperiode nach mehr als 20 Jahren die Leistungen für die Menschen wieder deutlich verbessern. Das hätten sich viele vor zwölf Jahren sicherlich nicht träumen lassen. Das zeigt: Rentenpolitik ist nichts für Schnappatmer.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gilt auch für die Riester-Rente und vor allem auch für die betriebliche Altersvorsorge. Viele Millionen Menschen sorgen privat für ihr Alter vor. Ich stehe zum Auf- und Ausbau der zweiten und dritten Säule und halte es deshalb auch sozialpolitisch für zwingend, ihre Bedingungen zu verbessern. Mit der Gesetzesvorlage der Regierung setzen wir an zwei entscheidenden Stellschrauben an.

Zum einen geht es um die stärkere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge. Sie muss für die Mitarbeiter von kleinen und mittleren Betrieben selbstverständlich werden. Ende 2015 hatten circa 17,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte eine Anwartschaft bei ihrem Arbeitgeber. Das sind knapp 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Allerdings – der Kollege von den Grünen hat ja darauf hingewiesen –: In Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten verfügen lediglich 28 Prozent der Mitarbeiter über Betriebsrentenanwartschaften. Das müssen wir ändern. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Verwaltungsaufwand und andere Kosten, vielleicht auch ein nicht zu kalkulierendes Haftungsrisiko.

(D) Die Gesetzesvorlage der Bundesregierung setzt bei einer Analyse genau dieser Punkte an und setzt auf die Sozialpartner. Künftig sollen auf der Grundlage von Tarifverträgen sogenannte reine Beitragszusagen – nicht verbunden mit Mindest- oder Garantieleistungen – möglich gemacht werden. Der Gesetzentwurf ist an dieser Stelle zunächst einmal Ergebnis eines zähen Ringens von Bundesarbeitsministerium und Finanzministerium, aber auch Sozialpartnern. Sicherlich nicht alle Seiten sind zufrieden, wengleich die Idee der Enthftung, also nur eine reine Beitragszusage vorzusehen, stimmt. Die reine Beitragszusage ist eine große Chance für ein stärkeres Engagement in der betrieblichen Altersvorsorge.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Und ein großes Risiko!)

Wir setzen auch mehr Anreize für Geringverdiener, auch hier mittels zwei Stellschrauben. Einmal geht es um den Auf- und Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass wir in Zukunft bis zu 202 Euro anrechnungsfrei stellen und damit das klare Signal aussenden: Freiwillige Altersvorsorge zu betreiben, lohnt sich auf jeden Fall. – Zum anderen wird die staatliche Förderung optimiert durch ein spezifisches Steuerfördermodell gerade für Geringverdiener. Insgesamt sind es 430 Millionen Euro, die zusätzlich in

Stephan Stracke

- (A) die Hand genommen werden. Weitere 75 Millionen Euro stehen aktuell in der Prüfung, auch vonseiten der Bundesregierung.

Sicherlich werden wir weiterhin prüfen, wie wir es besser machen können, um gerade die betriebliche Altersvorsorge zu stärken. Stärkere Tarifbindung mag gut und schön sein; in erster Linie muss es jedoch darum gehen, die betriebliche Altersvorsorge deutlich zu verbessern, auch in der Breite. Hier sehe ich noch Diskussionsbedarf. Wir müssen auch darüber diskutieren, wie wir an dieser Stelle auch für nicht tarifgebundene Betriebe – über das hinaus, was wir zur reinen Beitragszusage derzeit im Gesetzentwurf haben – noch weitere Verbesserungen vornehmen können.

Ich hoffe, dass wir eine fachlich ausgerichtete Debatte letztlich zu all diesen Punkten haben werden. Ich freue mich auf diese und freue mich vor allem, dass wir Ihnen nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen einen noch besseren Gesetzentwurf zur Abstimmung vorlegen können.

Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Michaela Noll:

Vielen Dank, Herr Kollege. Das war richtiges Timing. – Als letzter Rednerin in dieser Aussprache erteile ich nunmehr das Wort Frau Kollegin Anja Karliczek von der CDU/CSU-Fraktion.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Anja Karliczek (CDU/CSU):

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kieseheuer, schön, dass Sie heute Morgen hier sind! Herzlich willkommen!

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich darf hier als letzte Rednerin den sogenannten Lumpensammler machen und will nur noch den einen oder anderen Punkt ansprechen; denn, ich glaube, vom Grundsatz her ist so ziemlich alles angesprochen worden, was in irgendeiner Form in diesem Gesetzentwurf steht.

Ich will noch ein klein wenig weiter ausholen. Warum ist das Ganze, was wir machen, überhaupt so wichtig? Wenn wir darüber nachdenken, was wir im Moment erleben, dass nämlich eine Gesellschaft massiv verunsichert ist durch Globalisierung, Digitalisierung und wahnsinnig schnelle Veränderungen, dann wird uns klar, wie wichtig es ist, dass wir uns des Themas einer guten Altersversorgung annehmen und eine Möglichkeit schaffen, im Alter gut versorgt zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lieber Herr Birkwald, genau darum ist es so wichtig, dass wir die Altersvorsorge an sich sichern und nicht dau-

ernd nur darüber sprechen, wie wir das in der gesetzlichen Rentenversicherung machen wollen. (C)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Gucken Sie mal nach Österreich! Da kann man lernen, dass das viel besser ist!)

– Wenn ich nach Österreich schaue, sehe ich doch, dass die Österreicher Riesenprobleme damit haben.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wo denn?)

– Die pulvern Steuern in das System hinein und wissen nicht, wie sie es langfristig bezahlen wollen. So geht es definitiv nicht.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das stimmt ja nicht!)

– Das stimmt wohl.

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wir waren gerade da! Haben alle das Gegenteil erzählt!)

Ich habe mit den Kollegen gesprochen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wir auch!)

Genau das ist der Punkt. Das ist etwas, was wir nicht wollen. Wir wollen den Menschen etwas zusagen, was langfristig durchzuhalten ist, was auch langfristig finanzierbar ist. Und deswegen fordere ich Sie auf: Suggestieren Sie nicht immer das Verkehrte!

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist falsch! Das schaffen die Österreicher! Jede Wette!) (D)

Wichtig ist uns, dass wir neben der gesetzlichen Rente – Frau Nahles hat das ja am Anfang gesagt – eine vernünftige kapitalgedeckte Rente auf die Füße stellen. Die Situation hat sich in den letzten Jahrzehnten sowohl arbeitsrechtlich als auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stark verändert. Deswegen müssen wir da ran. Herr Kurth hat eben ein paar schöne Argumente gebracht, etwa, dass man aufgrund der Niedrigzinsphase überlegen muss, wie man das anders gestalten kann. Da bin ich sehr dabei. Das ist genau der Ansatz, mit dem wir an die Sache herangehen.

Ich will ein paar Punkte ansprechen und arbeite mich einmal so ein bisschen von hinten nach vorne.

Unser Staatssekretär Dr. Meister hat Riester angesprochen. Das ist aus meiner Sicht ein gutes Beispiel. Riester ist kapitalgedeckte Altersvorsorge in der zweiten oder in der dritten Säule. Das kann man wählen, wie man möchte. Über unser Betriebsrentenstärkungsgesetz hinaus wollen wir ja auch, dass die echte Doppelverbeitragung, nämlich die Zahlung von Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträgen in der Ansparphase und in der Auszahlungsphase, abgeschafft wird, weil sie überhaupt nicht der Systematik entspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nur bei Betriebs-Riester! Das sind 0,1 Prozent!)